



Luftverschmutzung im Staat New York: Die USA pusten weltweit am meisten Kohlendioxid in den Himmel.

Bild: Ray Pfortner/Peter Arnold

Gipfel der schlimmsten Klimasünder

Kampf gegen die Erderwärmung in Heiligendamm Thema Nummer eins / G8-Staaten für knapp die Hälfte des weltweiten Treibhausgasausstoßes verantwortlich

Von unserem Redaktionsmitglied
Ursula Barth

Die Rollen beim G8-Gipfel in Heiligendamm scheinen klar verteilt: Europa spielt beim Thema Klimaschutz den Vorreiter. Angesichts der Warnungen des Weltklimarates vor den katastrophalen Folgen der Erderwärmung treten die Europäer für eine drastische Senkung der CO₂-Emissionen ein. Die USA dagegen – mit 5,8 Milliarden Tonnen Kohlendioxid weltweit größter Luftverschmutzer – spielen den Bremsler. Bereits im Vorfeld des Gipfels erteilten die Bush-Unterhändler konkreten Klimaschutzziele eine Absage: Sie ließen sämtliche vorgeschlagenen Verpflichtungen aus dem Abschluss-Dokument streichen.

Ein Blick auf die Zahlen des World Resources Institute zeigt, wie unruhlich die Bilanz der G8-Staaten beim Klimaschutz ist: Die führenden Industrienationen sind zusammen für 43 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes verantwortlich. Gemeinsam mit den Schwellenländern China und Indien – die am letzten Tag des Gipfels neben Brasilien, Mexiko und Südafrika ebenfalls am Konferenztisch sitzen – pusten sie zwei Drittel der globalen Treibhausgase in die Luft. Obwohl sich die meisten Staaten 1990 im Kyoto-Protokoll auf eine Reduzierung des CO₂-Ausstoßes bis 2012 um 5,2 Prozent verpflichtet hatten, sind die Emissionen kräftig gestiegen: nach Zahlen der Umweltorganisation Greenpeace um 6,3 Prozent auf 11,7 Milliarden Tonnen.

Auch die Europäer, die zuletzt mit spektakulären Reduktionszielen auf sich aufmerksam machten, haben sich keineswegs mit Ruhm bekleckert. Die EU stand im Jahr 2003 beim Kohlendioxid-Ausstoß auf

Rang drei hinter den USA und China. Und von den acht Prozent der CO₂-Emissionen, die 15 europäische Länder von 1990 bis 2012 einsparen wollten, sind erst ein Viertel geschafft. In der Hitliste der Kyoto-Länder mit dem höchsten Anstieg beim CO₂-Ausstoß seit 1990 liegt Spanien mit 49 Prozent an der Spitze – gefolgt von Portugal, Irland, Griechenland und Österreich (Plätze 3, 6, 8, 9). Selbst Deutschland, das sich gerne als Klimafreund präsentiert, kämpft angesichts des geplanten Baus von 40 Kohlekraftwerken, seiner Weigerung beim Tempolimit oder seiner Ablehnung strengerer Klimaschutzvorschriften für die Automobilindustrie mit einem Glaubwürdigkeitsproblem.

Am schwersten von der Erderwärmung betroffen sind die ärmsten Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika – obwohl sie selbst kaum etwas zum Klimawandel beigetragen haben. „Die Erderwärmung, die ihr verursacht, ist ein Akt der Aggression gegen uns“, wetterte unlängst der ugandische Präsident Yoweri Museveni.

Auf dem G8-Gipfel spielen die Europäer jetzt das Zuppferd im Kampf gegen den Klimawandel: Bundeskanzlerin Angela Merkel will die Industrienationen auf eine Halbierung der CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2050 verpflichten. Das geht aus einem Entwurf für die G8-Abschlussklärung hervor. Außerdem soll die Erwärmung des Erdklimas auf zwei Grad begrenzt werden. Zudem ist die weltweite Einführung des Emissionshandels vorgesehen. Das Papier soll die Grundlage für den UN-Klimagipfel im Dezember auf der indonesischen Insel

Bali bilden, wo über ein Folgeabkommen für das Kyoto-Protokoll verhandelt wird.

Offen torpediert werden die ehrgeizigen Ziele von der Bush-Regierung. Die sieben Absätze zur Klimapolitik im von Deutschland vorbereiteten G8-Abschlussdokument kürzten die US-Unterhändler auf zwei zusammen. Die geplante CO₂-Reduktion von 1990 bis 2050 um 50 Prozent wurde ebenso aus dem Text gestrichen wie das Ziel, die Energieeffizienz von 2005 bis 2020 um 20 Prozent bei Gebäuden, im Transportsektor und bei Kraftwerken zu steigern. Bushs „Sherpas“ ließen laut „Süddeutscher Zeitung“ zudem die Passage streichen, der Kampf gegen den Klimawandel sei „eine Pflicht, keine Wahl“. Statt der Formulierung, man sei „zutiefst besorgt über die Erkenntnis- se des UN-Klimarats“, wollen die Amerikaner diese nur „zur Kenntnis“ nehmen.

Die Blockadehaltung der USA, die schon das Kyoto-Protokoll nicht ratifizierten, überrascht in Fachkreisen niemanden. Bereits auf dem G8-Gipfel in Gleneagles vor zwei Jahren verwässerten die USA das Abschlussdokument. Und nach der Vorstellung des dritten Teils des Weltklimaberichts in Bangkok behauptete der US-Energieminister gar, der US-Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoß sei ohnehin gering – ein Vorwand dafür, warum die USA verbindlichen Reduktionszielen grundsätzlich skeptisch gegenüber stehen.

Das Signal an die Schwellenländer, die beim G8-Gipfel auf den Klimaschutz eingeschworen werden sollen, ist verheerend. Denn wenn der größte Luftverschmutzer nicht mitmacht, sind ärmere Staaten kaum

für international verbindliche Klimaabkommen zu gewinnen. Zum einen fürchten die ärmeren Staaten um ihre wirtschaftliche Entwicklung, zum anderen sind sie der Auffassung, Klimaschutz sei Aufgabe der Länder, die den Klimawandel verursacht haben.

Umweltverbände wie Greenpeace und WWF fordern die G8-Staaten ungeachtet der US-Blockade zum Handeln auf. „Hauptbremser ist die Bush-Regierung, und jede Regierung nach ihr wird etwas bewegen“, betonte WWF-Klimaschutzreferentin Regine Günther. Die G8-Staaten sollten lieber konkrete Ziele ohne die Amerikaner vereinbaren, als sich von ihnen abhalten zu lassen. Denn auch in den USA entstehe ein Jahr vor der Präsidentschaftswahl beim Thema Klimaschutz ein enormer politischer Druck. „Wir glauben, dass Deutschland beim Gipfel viel bewegen kann“, so Günther. Allerdings nannte selbst Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) die Formulierung von Klimazielen wegen der US-Haltung „superschwierig“. Auch die Kanzlerin zeigte sich zuletzt „skeptisch“, ob konkrete Schritte vereinbart werden können, betonte aber: „Verhandelt wird das bis zum Schluss.“

Der jüngst veröffentlichte Weltklimabericht gibt Merkel mit ihrem harten Kurs Recht. Die Treibhausgas-Emissionen müssen demnach bis 2050 um 50 bis 80 Prozent reduziert werden, wenn verheerende Folgen wie Sturmfluten, Überschwemmungen, Dürren, Epidemien und gigantische Flüchtlingsströme verhindert werden sollen. Die Kosten für den Klimaschutz werden mit 1,2 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsproduktes beziffert, jene fürs Nichtstun auf das bis zu 20-Fache.

Immer häufiger werden die Debatten um einen sicherheitspolitischen Aspekt er-

gänzt. Denn der Klimawandel verschärft den Kampf um Ressourcen und Lebensraum. Wenn etwa die Himalaya-Gletscher verschwinden, deren Schmelzwasser große asiatische Flüsse wie Ganges, Indus und Mekong speisen, könnte der Kampf ums Wasser die gesamte Region destabilisieren. Mehr als 200 Millionen Menschen werden nach einer Studie des früheren Weltbank-Chefökonom Sir Nicholas Stern durch Flut und Dürren zur Flucht gezwungen. Noch wagt niemand genau Prognosen, klar ist nur: Eine gigantische Migrationsbewegung dürfte auch für die Industriestaaten nicht ohne Folgen bleiben.



Überschwemmungen wie hier am Mekong könnten zunehmen. Bilder: dpa



Zur Person

Claude Mandil

Der im französischen Lyon geborene Claude Mandil kennt sich aus in der Welt der Energie. Der 64-jährige Vater von fünf Kindern, ein gelernter Mineningenieur, führt die in Paris ansässige Internationale Energie Agentur (IEA) seit 2003 als Exekutivdirektor. Die IEA existiert seit 1974. Sie wurde gegründet als Antwort der Industrieländer auf den ersten Ölpreisschock. Ihr gehören 26 Staaten an, auch Deutschland.



Claude Mandil

Mandil, der in französischen Regierungsbehörden Spitzenpositionen bekleidet hat und Ende der 90er Jahre als Direktor für das Energieunternehmen Gaz de France tätig war, gilt als Verfechter der Kernenergie. Die von ihm geführte Energieagentur ist ein Wissenschaftszentrum, das 150 Experten beschäftigt und jährlich den Weltenergie-Ausblick veröffentlicht. bom

„Deutsche sollten Tempolimit einführen“

Chef der Internationalen Energieagentur fordert die G8-Staaten auf, den Worten endlich Taten folgen zu lassen

Von unserem Redaktionsmitglied
Martin Bommersheim

Claude Mandil, Chef der Internationalen Energieagentur in Paris, fordert im Kampf gegen die Erderwärmung ein Tempolimit auf deutschen Straßen, neue Normen für Haushaltsgeräte und warnt vor zu großen Erwartungen an erneuerbare Energien.

■ Herr Mandil, welches Auto fahren Sie?

CLAUDE MANDIL: Privat fahre ich einen Diesel, als Dienstfahrzeuge haben wir kürzlich Hybridautos angeschafft.

■ Kaum einer verzichtet aufs Autofahren trotz steigender Benzinpreise. Muss Energie viel teurer werden als Anreiz zum Sparen?

MANDIL: Eine Verteuerung kann helfen im Kampf gegen den Klimawandel, aber es ist nicht die beste Lösung. Denn dann würden gerade die ärmeren Bürger getroffen.

■ Was also ist Ihr Rezept?

MANDIL: Wir müssen die Bürger überzeugen, dass sie selbst einen moderaten Energieverbrauch anstreben.

■ Wie soll das funktionieren?

MANDIL: Meinen Fahrer habe ich angewiesen, 2006 den Verbrauch pro Kilometer gegenüber dem Vorjahr um zehn Prozent zu senken. Er hielt das für unmöglich. Aber ich versprach ihm dabei zu helfen, etwa indem ich bei Fahrten zum Flughafen zehn

Minuten eher aus dem Büro gehe und ihn so nicht dazu veranlasse zu rasen. Das Ergebnis: Der Verbrauch sank um 16 Prozent.

■ Manche fahren gerne schnell. Halten Sie den deutschen Widerstand gegen ein Tempolimit auf Autobahnen für richtig?

MANDIL: Fast alle anderen entwickelten Staaten haben ein Tempolimit. Es hat sich als extrem gutes Mittel erwiesen, den Verbrauch zu senken. Die Deutschen sollten dies endlich akzeptieren und ebenfalls eine Höchstgeschwindigkeit einführen. Das könnte den Verbrauch 20 Prozent senken.

■ Wie können wir Energie effizienter nutzen?

MANDIL: Wir brauchen weitere Regulierungen, etwa Verbrauchsnormen für Geräte wie Kühlschränke, Fernseher oder Computer. Auch ein Bann der stromfressenden, alten Glühbirnen ist denkbar.

■ Warum kaufen die Bürger nicht von sich aus Energiesparmodelle?

MANDIL: Viele denken, Niedrigenergiemodelle seien teurer. Möglicherweise trifft das auf die Anschaffung zu, aber wenn man die Kosten des Energieverbrauchs über den Lebenszyklus eines Geräts dazu rechnet, können sie sich als preiswerter erweisen. Allein bei Haushaltsgeräten lassen sich 30 Prozent Energie einsparen.

■ Auch die Politik hat den effizienten Einsatz

von Energie als wichtig erkannt. Sie müssten froh sein, oder?

MANDIL: Ein G8-Gipfel hat vor zwei Jahren auf unseren Vorschlag die Ein-Watt-Initiative gebilligt. Sie bedeutet, dass alle Haushaltsgeräte im Bereitschaftsmodus nur noch ein Watt verbrauchen dürfen. Damit lässt sich in den Industrienationen die Produktion von 15 Kraftwerken einsparen.

■ Was ist daraus geworden?

MANDIL: Leider nichts. Den Worten folgen zu selten Taten.

■ Was erwarten Sie von Heiligendamm?

MANDIL: Der G8-Gipfel sollte eine starke CO₂-Senkung verabschieden. Wenn man das Ziel in verschiedenen Ländern mit unterschiedlichen Maßnahmen erreichen kann, sollte man dies ermöglichen. So erreicht man mehr, als wenn man alle Länder zu denselben Maßnahmen verdonnert.

■ Welchen Anteil kann der Biokraftstoff in Zukunft einnehmen?

MANDIL: Wir rechnen damit, dass Biokraftstoff bis 2020 etwa zehn Prozent des Bedarfs decken kann.

■ Es gibt verschiedene Arten Biokraftstoffe. Sind alle gleichwertig?

MANDIL: Nein. Wir sollten auf Bioethanol setzen, der vor allem in Brasilien aus Zuckerrüben hergestellt wird. Die Produktion ist kostengünstig und umweltschonend.

■ Können wir nicht auch in Europa massiv auf Biokraftstoffe setzen?

MANDIL: Mit der vorhandenen Technologie macht dies weniger Sinn. Es ist furchtbar teuer und reduziert nicht wirklich den CO₂-Verbrauch, weil schon für die Produktion der Biotreibstoffe eine Menge herkömmlicher Treibstoffe verbraucht wird.

■ Was schlagen Sie vor?

MANDIL: Es ist besser, Bioethanol aus Südamerika oder Asien zu importieren. Außerdem sollten wir stark forschen an der zweiten Generation Biokraftstoffe. Dabei geht es darum, nicht nur Teile einer Pflanze für die Treibstoffherstellung zu nutzen, sondern die ganze Pflanze, sogar Bäume.

■ Ist dann der Einsatz von Wind- und Sonnenenergie besser?

MANDIL: Mit Windkraft lässt sich nur ein bescheidener Stromanteil sichern. Solarstrom ist noch sehr teuer.

■ Also sind wir weiter auf Öl angewiesen?

MANDIL: Zumindest in den nächsten 50 Jahren können wir darauf nicht verzichten.

■ Ist Atomkraft gut für die Umwelt?

MANDIL: Solange sie sicher betrieben wird, ist Atomkraft extrem umweltfreundlich. Auf lange Sicht sehe ich keine Chance für eine nachhaltige Umweltpolitik ohne Atomkraft. In Deutschland käme es darauf an, die Bürger davon zu überzeugen.